

# Jede Person zur Solidarität erziehen

Hauptvortrag des 3. Kongresstages

*François Geinoz, Zürich (Schweiz)*

Es ist für mich eine Ehre, an diesem *II. Weltkongress für Internationale Erziehung, Integration und Entwicklung* sprechen zu dürfen, und ich möchte Sie um Verzeihung bitten, da Sie sicherlich in diesem Moment gerne den ursprünglich vorgesehenen Referenten, Hr. Dr. Javier Pérez de Cuellar, hören würden. Mein Dank gilt allen Veranstaltern dieses Kongresses, insbesondere Frau Präsidentin Dr. Miriam Aparicio, welche wesentliche Themen an der Schwelle des neuen Jahrhunderts vertiefen wollte und diesen Kongress unter Anstrengungen, die wir kaum ahnen, so erfolgreich organisiert hat.

Hoffentlich werde ich hier einige nützliche Elemente für unsere Überlegungen dieser Tage beitragen können, welche mit drei Dimensionen meiner Betätigung verbunden sind. Einerseits habe ich eine Ausbildung in Wirtschaft absolviert, speziell in Volkswirtschaft, so dass mikro- und makroökonomische Analysen, welche in der heutigen Welt an Bedeutung gewinnen, mir am Herzen liegen. Dann widme ich mich durch Studien, Teilnahme an Kongressen und Publikationen intensiv demographischen, soziologischen und menschlichen Fragen der Aktualität. Schliesslich leite ich eine Sozialunternehmung, eine private, gemeinnützige Stiftung, welche auf vielen Gebieten tätig ist mit Schwerpunkt Entwicklungszusammenarbeit und Ausbildung. Somit habe ich Kontakt mit der Front, wenn es um die Verbesserung der Lebensbedingungen von Tausenden von Personen in mehr oder weniger armen Ländern geht, und verdanke dieser Arbeit die Gelegenheit, zum Aufbau von Brücken zwischen Geldgebern und Projekten, zwischen Reichen und Armen, und bei zahlreichen internationalen Kontakten mit sehr unterschiedlichen Menschen beitragen zu dürfen.

Mit diesem Kongress wollen wir die Herausforderung "Lernen, zusammen zu leben" näher definieren und in die Tat umsetzen. Dies ist kein geringer Anspruch. Es setzt die drei ersten Säulen der internationalen Erziehung voraus: "Wissen lernen", "Lernen zu tun", "Lernen zu sein". Hier interessiert uns jeder Bestandteil der Definition der internationalen Erziehung gemäss der Unesco: "Verständnis, Zusammenarbeit und internationaler Friede, Erziehung zu den Menschenrechten und zu den Grundfreiheiten"<sup>1</sup>. Das Ende dieses Jahrhunderts zeigt auf tragische Weise, wie schon der erste Schritt dieses Programms schwierig ist, sind doch bewaffnete Konflikte und kriegerische Drohungen – etwa in Kosovo oder in Kaschmir – einmal mehr an der Tagesordnung. Kriege und weitere Formen der Gewalt und der Verletzungen der Menschenrechte scheinen immer durch kulturelle Unterschiede geprägt zu sein. Trotz der heutigen Bedeutung der Globalisierung wäre es illusorisch zu meinen, dass diese Unterschiede eines Tages ganz verschwinden würden. Um so wichtiger ist die ständige Anstrengung, durch Erziehung das Verständnis unter allen zu sichern und durch entsprechende Bemühungen und internationale und interethnische Kontakte für die Zusammenarbeit zu wirken, ohne welche kein Projekt des Friedens Wirklichkeit werden kann.

Gestatten Sie mir, in Anbetracht dieser Beschreibung der internationalen Erziehung vier Prinzipien zu entwickeln, welche uns auf dem Weg zum Ziel "Lernen, zusammen zu leben"

---

<sup>1</sup> Unesco General Conference, 1992.

verhelfen können: 1) Die menschliche Person im Mittelpunkt; 2) Die Solidarität; 3) Subsidiarität und Partizipation; 4) Die Erziehung zur Verantwortung.

\* \* \*

## **1. Die menschliche Person im Mittelpunkt**

Der Dalai Lama sagt uns: "Der Schatz eines Landes sind die Personen; der Reichtum dieser Welt ist seine kulturelle Diversität".

Der Wissenschaftler, der Ökonom, der Politiker, brauchen statistische Daten als Stütze ihrer Studien und Beschlüsse. Als Demograph und Ökonom arbeite ich gerne mit Zahlen. Es besteht jedoch - beispielsweise bei Bevölkerungsthemen - eine grosse Gefahr im Umgang mit diesen Daten: "die Geburtenzahlen" verdecken das einzelne Kind; hinter "den Alten" stecken so viele persönliche Schicksale; das Drama einer kriegsbedingten Deportation ist kein Drama: es sind so viele persönlich erlebten Dramen wie es betroffene Personen und Familien sind.

### **a) Menschenrechte, Menschenpflichten**

Dem Thema der Person gehört ein kurzer Bezug auf philosophische Prinzipien. So definiert man die Person als die "individuelle Substanz mit rationaler Natur"<sup>2</sup>. Ihrerseits ist die Rationalität Korollar des freien Willens, welcher von der Verantwortung untrennbar ist. Es hat also nichts mit Moralisieren zu tun, sondern mit der Realität selbst des Menschen, zu betonen, dass dieser auf keinen Fall auf ein Objekt, ein Instrument oder ein Produkt reduziert werden darf. Auch wenn man ihn rein physisch zu einer Handlung zwingen bzw. sein Verhalten beeinflussen kann, soll dieser immer Herr seines Willens und seiner Freiheit sein. Sein Gewissen zeigt ihm mit mehr oder weniger Klarheit, dass ihm seine Entscheide und deren mögliche Folgen gehören. Das nennen wir Verantwortung.

Ohne diese Sicht der Person können Menschenrechte nicht definiert werden. Der Mann, die Frau, das Kind sind Subjekte ihrer Rechte aufgrund ihres Person-Seins: freie und verantwortliche Wesen mit dieser intimen, höchst persönlichen Sphäre, in welche niemand einwirken kann, welche alle respektieren müssen; Wesen, jedes mit einem einmaligen Wert als Abbild seines Schöpfers. Vor gut 50 Jahren erkannte die UNO die Wichtigkeit, durch eine Charta diese Menschenrechte zu erklären und besser zu schützen. Dabei wurde nichts erfunden oder neu entdeckt: denken wir an den diesbezüglichen, wesentlichen Beitrag des Christentums, sowie weitere religiöse, philosophische und soziale Strömungen im Laufe der Geschichte. Es stimmt aber auch, dass vor den zahlreichen Angriffen und Verletzungen jeder Epoche jede Generation berufen wird, den Grundwert der Menschenrechte neu zu betonen. Trotz vieler Verletzungen heute noch, ist der wertvolle, oft sehr konkrete Beitrag der Erklärung der Menschenrechte nicht zu verneinen.

Wer Recht sagt, soll auch Pflicht sagen. Der Sinn für die Pflicht ist wahrscheinlich eines der Schlüsselemente, um die Erklärung von 1948 richtig zu verstehen und umzusetzen. Somit soll einer heutzutage besonders drohenden Gefahr vorgebeugt werden, die darin besteht, den eigenen Rechten mehr Gewicht als den Pflichten - welche den Rechten anderer entsprechen - zu verleihen. So drückte es Ghandi aus: "Die echte Quelle des Rechtes ist die Pflicht. Wenn wir alle unsere Pflichten erfüllen, werden wir den Respekt unserer Rechte leichter erlangen. Wenn wir aber unsere Rechte verlangen und zugleich unsere Pflichten vernachlässigen, werden uns unsere Rechte entfliehen". Der westliche Individualismus fördert, dass ein jeder die Rechte der anderen nur insofern respektiert, wie dies für den Schutz seiner eigenen Rechte erforderlich ist.

---

<sup>2</sup> vgl. Boetius (480-524), Liber de persona et duabus naturis contra Eutachem et Nestorium

Es geht lediglich darum, dass er in Frieden leben kann. Mit anderen Worten fundiert der Individualist die Menschenrechte nicht im Wert ihres Subjektes und in der dazugehörigen Pflicht, sondern im Schutz der eigenen Rechte.

Dies auf ein politisches Regime übertragen bedeutet bereits ein Schritt in Richtung Totalitarismus; es ist leider keine rein theoretische Überlegung. Mit dem Vorwand, die Rechte des Volkes zu gewähren, kann man dann bis zur Kontrolle der Massen gelangen, zum Aufzwingen eines tiefen Lebensniveaus, zur Zerstörung des Widerstands - der Familien, der Interessengruppen -, zum Verhindern der Meinungsäusserungsfreiheit oder des Zugangs zur korrekten Information, oder sogar zur Deportation, Sterilisation und Manipulation ganzer Bevölkerungsgruppen. In all diesen Fällen gibt man den Leuten nur gerade soviel, damit sie auf keinen Fall rebellieren können.

Indirekt hat die Betrachtung der Menschenrechte aus dem Blickwinkel der Pflichten auch noch eine interessante Anwendung. Die vor allem seit der Rio-Konferenz bekannte Idee der Nachhaltigkeit (sustainability), sowohl in ökologischer, wie auch in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht, kann ohne Menschenrechte nicht genügend begründet werden. Es geht darum, dass ein Verhalten oder eine Entscheidung, mit welchem die heutigen Lebensverhältnisse verbessert werden sollen, keine Verschlechterung der künftigen Lebensbedingungen mit sich bringen darf. So gründet die Nachhaltigkeit definitionsgemäss auf den Menschenrechten künftiger - zum grossen Teil noch nicht geborener - Menschen.

Die Achtung vor der Schöpfung und vor der Umwelt kann sich ja nicht auf Rechte von Wesen stützen, welche keine Personen sind. Wenn manchmal diese Achtung nicht mit den Rechten künftiger Personen übereinzustimmen scheint, sondern nur mit einer Pflicht der Zeitgenossen, dann kann man auch als Grundlage die Rechte des Schöpfers ansehen, da ja jeder Pflicht das Recht einer Person entsprechen muss.

## **b) Person, Familie, Staat**

Subjekt ist die menschliche Person nicht nur bezüglich ihrer Entscheidungen und Rechte, sondern auch ihrer gesellschaftlichen Beziehungen. Diese Beziehungen finden ihren Ausgangspunkt in den einzelnen Subjekten und nicht in der Masse. So versteht man die Priorität der Familie, welche auf starken, objektiven, zugleich biologischen und geistigen Beziehungen gründet. Sie ist der erste Schritt, das stärkste Glied des sozialen Seins und Handelns. Das Familienband ist - oder sollte sein - der bestgeeignete Rahmen um "wissen zu lernen", "handeln zu lernen", "sein zu lernen", "zusammenleben zu lernen". Es ist eine durch statistische Studien - also nicht ohne Ausnahmen - bestätigte Tatsache, dass Delinquenten und gesellschaftlich nicht integrierte, die öffentliche Ordnung bekämpfende Personen nur selten in festen und stabilen Familien aufgewachsen sind. Beispielsweise in Wisconsin stammen nur 13% solcher Jugendlichen aus stabilen Familien.

In einer Atmosphäre der Harmonie mit Eltern und Geschwistern hingegen lernt das Kind Schritt für Schritt - wenn auch mit kleinen Krisen - die Achtung und das Interesse für die anderen, die Grosszügigkeit, die Solidarität, den Sinn für die Pflicht, die Geduld, und so viele andere Werte die ihm helfen, so zu sagen "mehr zu sein". Dieser Beitrag für die ganze Gesellschaft ist offensichtlich.

Hier geht es nicht darum, die häufigen Situationen ausser acht zu lassen, in welchen Personen — meistens Kinder und Frauen — unter einer Degradierung ihrer Familie leiden, etwa durch Missbräuche oder Vernachlässigung seitens eines Mannes, der seine Pflicht als Gatte und Vater vergisst. Die Gesellschaft soll diesen Opfern die ihnen als Personen gebührende Würde gewähren, und da ist sicherlich noch viel zu tun. Jedoch scheint mir die heutige Tendenz gefährlich, zunächst diese zerstörten Familien mit klassischen Familien gleichzusetzen, um dann Partnerschaften, die nicht auf der Ehe gründen, auch noch als "Familien" zu bezeichnen.

Solche politischen Massnahmen *entleeren die Familie selbst ihres Gehalts*. Dies führt dann zu unangenehmen Bezeichnungen wie "die normale Familie".

Die Familien und ihre Bande haben sich von sich aus, durch soziale Veränderungen — u.a. Urbanisierung — und durch politische Massnahmen geschwächt. Schritt für Schritt wurden die Generationen voneinander getrennt: zunächst die Älteren, dann die Kinder — man denke an Tendenzen im Schulwesen, welche der elterlichen Erziehung immer mehr zuwiderlaufen —, und schliesslich die Trennung der Ehepaare. Weniger als die Hälfte der Personen in Europa gehen nunmehr eine nachhaltige Ehe ein — gemeint ist eine Ehe, die nicht mit Scheidung endet —; vor nur 30 Jahren waren es noch mehr als 75%. Die anderen Kontinente weisen ähnliche Entwicklungen und Schwierigkeiten auf, wenn auch mit unterschiedlichen, kulturell bedingten Merkmalen.

Die Schwächung der Familie in vielen Ländern und eine merkwürdige parallele Stärkung des *Individualismus* und *Staatalismus* begünstigen einander. Diese Entwicklung ist teilweise widersprüchlich und konfliktträchtig: Konflikt zwischen der Suche nach absoluter Freiheit und der Bürokratie und Drang zur Verstaatlichung; Konflikte zwischen Reduzierung und Erhöhung der Steuern; Konflikte zwischen den wirtschaftspolitischen Vorhaben und dem Wunsch, Gewinne zu maximieren unter minimalem Mitteleinsatz; Spannungsfeld zwischen dem Ausnutzen der Solidarität der anderen und des Staates und der staatlichen Versuchung, allen eine vereinheitlichte Solidarität zu verordnen. Es gibt jedoch nach der europäischen Erfahrung einen Bereich, bei welchem offenbar Individualismus und Staatalismus harmonisieren können, und zwar die Förderung einer *konsumistischen Mentalität*: da hat der Staat wenig zu verlieren, vielmehr kann er durch ihre Begünstigung das Vertrauen der Bürger gewinnen.

Diese Entwicklung dürfte auch die Optimisten beunruhigen. Anzeichen einer Neustärkung der Familien sind kaum vorhanden. Im Gegenteil vermehren und erhöhen sich die Indikatoren für eine Zerstörung der Familien: Institutionalisierung der Mikrofamilie in allen materiellen und wirtschaftlichen Belangen der Gesellschaft: Das Bild und die sozioökonomische Stellung der Mutterschaft verschlechtern sich; die politischen Massnahmen erschweren jegliche Harmonisierung von Mutterschaft und Erwerbstätigkeit der Mütter; Rückgang der Heiratsziffer; Zunahme der Scheidungsziffer und der ausserehelichen Geburten; wachsende Sexualisierung der Gesellschaft und speziell der Jugendlichen usw. Ein kürzliches Beispiel aus meinem Land: die Ablehnung durch das Volk eines Gesetzes für die Mutterschaftsversicherung. Eines der Hauptargumente der erfolgreichen Gegner war die hohen sozialen Kosten der Altersvorsorge, die ohnehin in den nächsten Jahrzehnten anfallen werden und uns nicht erlauben, neue soziale Versicherungen zu finanzieren. Ohne nun die Details des Gesetzesentwurfes zu diskutieren, ist doch diese Haltung klar widersprüchlich, da gerade die Unterfruchtbarkeit und indirekt der Mangel an familienbegünstigender Politik die Hauptfaktoren der künftigen finanziellen Untragbarkeit der Altersvorsorge sind.

Hoffen darf man immer, vielleicht aufgrund der überraschenden Evidenz: "Sterilität ist nicht vererblich"<sup>3</sup>, wie es der Historiker Pierre Chaunu zu sagen pflegt. Sogar den extremsten Kommunisten gelang die Zerstörung der Familie, des grössten Widerstands für ihre Politik, durch systematisches Vorgehen nicht: gerade durch die Familienbande konnten die Russen ihre kulturellen und erzieherischen Werte von Generation zu Generation weitergeben.

### **c) Die Person als Zweck der Politik**

Die verschiedenen politischen Systeme und soziologischen Ideologien, welche die Geschichte der Völker des XX. Jahrhunderts geprägt haben, gründeten nicht selten auf Prinzipien, die die Einzelpersonen ignorierten, auch wenn zugleich der Einsatz für ihr Wohl proklamiert wurde. Man denke an extreme Rechts- oder Linksregime, die im Namen des Wohles des Volkes viele

---

<sup>3</sup> vgl. Europe: *l'Hiver démographique*, L'Age d'Homme, Lausanne 1989

Unschuldige misshandelt oder gar getötet haben, oder an sich als Demokratien bezeichnende Staaten, welche den Bürgern nicht das geringste Mitsprechen und -Entscheiden ermöglichten. Vor nur 15 Jahren erschien auf der ersten Seite der westlichen Zeitungen die Nachricht, dass sich zum ersten Mal in einem osteuropäischen Parlament eine Gegenstimme zu einem Gesetzesentwurf erhoben hatte.

Nach der Erfahrung der Geschichte ist die Versuchung oder das Risiko nicht gering, dass jene, die durch ihre Entscheidungen eine Verantwortung für das ganze Volk tragen, das berechnete Trachten jeder Person, jeder Familie, jeder Gruppe, ihre Umstände und ihre Freiheiten ausser acht lassen. Aufgrund einer Logik der Macht mögen zu sture politische Systeme ihre Ziele vorübergehend erreichen, manchmal auch mit einer traurigen Anzahl Opfer, jedoch werden sie alle scheitern, da sie die Person übersehen. Dieses Prinzip gilt sowohl für eine nur durch staatliche Planung gesteuerte Wirtschaftspolitik wie auch für ein System des nicht regulierten, asozialen, und somit wilden freien Marktes.

Vor solchen Missbräuchen sind auch heftige Gegenreaktionen nicht selten, welche ihrerseits — durch ihre radikale Ablehnung des Marktes bzw. des Staates — ebenfalls dem Dienst an der Einzelperson widersprechen.

*Ein menschenwürdiges politisches System kann sich keinesfalls aus einer Mischung von dieser Würde verneinenden Ideologien ergeben.* Mit der menschlichen Person als Ausgangspunkt gelten viel mehr Prinzipien auf einem höheren Niveau. Hier wollen wir nur drei von ihnen kurz erwähnen:

- i) Aufgabe des Staates ist es, allgemeine Lebensbedingungen zu sichern und zu verbessern, welche für jeden die verantwortliche Ausübung seiner Freiheit fördern.
- ii) Dabei soll der Staat aktiver eingreifen im Falle von Personen, welche wegen verschiedenen Umständen oder aufgrund objektiv eingeschränkter Chancen allein ein würdiges Lebensniveau nicht erreichen können; dabei sucht der Staat Wege, die diese Personen verantwortlich machen.
- iii) Konkret hat der Staat für eine gesunde Dynamik des Marktes und der Wirtschaft zu sorgen, indem Situationen der übertriebenen Suche nach Profit und Produktivität zu Lasten der Würde einzelner Personen vermieden werden.

Wie wir sehen werden, ist eine Gesellschaft viel solider, wenn sich die staatlichen Stellen auf Aufgaben beschränken, welche einzelne Personen, Familien oder Gruppen nicht imstande sind, aus eigener Kraft zu lösen, und wenn sie den Initiativegeist auf allen Ebenen fördern, anstatt in jeder sozialen Angelegenheit eine staatliche Aufgabe zu sehen. Andererseits soll vermieden werden, dass gewisse Personen oder Gruppen benachteiligt oder vergessen werden, etwa weil sie nicht die Kraft haben, ihre Rechte bei den demokratischen Institutionen geltend zu machen.

## **2. Die Solidarität**

Unsere Überlegungen zur Person als Mittelpunkt jeder Politik und jeder Ökonomie erlauben uns, das Thema der Solidarität in seinem Kern zu behandeln. Das Wort "Solidarität" leidet — genauso wie die Wörter "Gerechtigkeit", "Freiheit" oder "Liebe" — unter häufigen Missbräuchen.

### **a) Automatische Solidarität und gewollte Solidarität**

So werden die Sozialversicherungen als solidarisch bezeichnet. Dabei bezieht sich das Merkmal auf ein *System*, nicht unbedingt aber auf die beteiligten *Personen*. Ein System, das Beiträge von erwerbstätigen bzw. gesunden Personen an Pensionierte bzw. Kranke umverteilt, gilt als solidarisch. Zudem sind solche Einrichtungen in entwickelten Ländern meistens obligatorisch. Gewiss tragen sie viel zur sozialen Solidität bei und ihre Einführung wäre in

Ländern dringend, welche sie noch nicht kennen: auch dort würden sie vielen Personen ein menschenwürdiges Lebensniveau ermöglichen, wenn sie es aus eigenen Kräften und aus welchen Gründen auch immer nicht schaffen.

Ich möchte jedoch betonen, dass der Begriff Solidarität viel mehr bedeutet. Gewöhnlich zahlen ja die Versicherten bei den erwähnten Einrichtungen ihre Beiträge nicht in erster Linie aus Solidarität, sondern aus Pflicht und mit dem Ziel, ihre eigenen Altersrenten bzw. Leistungen im Krankheitsfall zu sichern. Ähnlich kann der einzelne Bürger eines Landes noch nicht dafür als solidarisch bezeichnet werden, dass seine Regierung mit einem Teil seiner Steuern Entwicklungsprogramme in armen Ländern finanziert.

Wie ich im Panel über Bevölkerung vertiefen werde, stellt man in entwickelten Ländern fest, dass die Automatisierung der Solidarität mit den Betagten zu Lasten der Solidarität mit den Kindern und den Familien geht, und dass für die nächsten Jahrzehnte schwerwiegende Probleme der *finanziellen Unnachhaltigkeit* der Sozialwerke vorausgesagt werden.

Mit anderen Worten birgt die Sozialisierung der Solidarität die grosse Gefahr – bei aller guten Absicht, der Würde eines jeden unter seiner Beteiligung gerecht zu werden –, dass die einzelnen Personen den Sinn und die Motivation für Solidarität verlieren. Im Sozialstaat *par excellence* kann sich ein Bürger angesichts der Bedürfnisse eines Behinderten oder eines Armen bei aller Barmherzigkeit mit dem Gedanken begnügen: "der Staat wird dafür sorgen". Dazu kommt noch die bereits erwähnte Zerstörung der Familien in reichen Ländern und der Einfluss des Individualismus, womit immer mehr Leute keine Bedürftigen in ihrer nahen Verwandtschaft oder unter ihren Angehörigen haben.

Eine auf persönlicher und mikrosozialer Basis gelebte Solidarität wäre ökonomisch gesehen sicherlich viel wirksamer und somit wertvoller für eine Gesellschaft. Grundsätzlich ist bei persönlichem und direktem sozialem Einsatz die Motivation stärker; andererseits können nicht alle materiellen – geschweige denn die nicht rein materiellen – Nöte von Bedürftigen geeignet angegangen werden, wenn sich das Sozialwirken auf anonyme, massenhafte Aktionen beschränkt. Zweifellos sind auch Missbräuche wirksam zu bekämpfen, vor allem darin kann die Rolle des Staates bestehen. Man erinnere sich an die chinesische Sage des Empfangs, wo jeder Gast eingeladen wurde, eine Flasche Wein zu bringen und in ein grosses Fass zu vergiessen. Ein Schläuer kam auf die Idee, dass bei so vielen Gästen niemand merken würde, wenn er in seiner Flasche den Wein durch Wasser ersetzt. Als dann alle Gäste eingetroffen waren, stellten sie fest, dass das Fass reines Wasser beinhaltenete.

Heutzutage sind in der Ökonomie liberale Modelle allgemein anerkannt, welche zwar in vielen Aspekten die Vorgänge der Wirtschaft treffend analysieren, zugleich aber Gefahr eines zu generellen Anspruchs laufen, alles mit der Theorie des eigenen Nutzens erklären zu wollen, ein Nutzen, den jeder ökonomische Akteur zu maximieren versucht. Gerade beim Thema der Solidarität sehen wir, wie diese Theorien ungenügend sind, es sei denn, man könne den nicht materiellen Nutzen und den Nutzen des anderen in den Entscheidungsprozess gebührend einbeziehen.

Ein weiterer Fehler besteht in der Ansicht, dass die Armut allein die Folge einer schlechten Güterverteilung wäre. Somit könnte man nur reicher werden, indem andere ärmer werden. Dem widerspricht die *Tatsache sowohl der globalen wie der Pro-Kopf-Bereicherung* der Bevölkerung, die weltweit und in den meisten Ländern in den letzten Jahrzehnten und -hunderten festgestellt wird. Besonders durch die Ausbildung werden die Menschen zu einer eigenen, stärkeren Wertschöpfung befähigt. Auch für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung geeignete Rahmenbedingungen, Kommunikationsmittel und internationale Beziehungen spielen dabei eine wichtige Rolle. Bei der Auseinandersetzung mit der Solidarität wäre es verfehlt, sich auf die "Verluste" des Helfenden statt auf die – grösseren – Gewinne des Begünstigten zu konzentrieren.

Es geht somit um eine persönlich gelebte Solidarität im Licht der Rechte der anderen Menschen, wie wir sie im ersten Teil behandelt haben. Dies fordert eine viel tiefere Umschreibung der Solidarität als einer Haltung, welche zugleich *die objektiven Bedürfnisse anderer Personen* anerkennt und *nicht den eigenen Nutzen sucht*. Habermas definiert sie als "aus dem Bann des Eigeninteresses heraustreten"<sup>4</sup> und der Papst spricht von der "Entschlossenheit, sich für das Gemeinwohl einzusetzen, d.h. für das Wohl aller und eines jeden"<sup>5</sup>. In diesem Zusammenhang passt eine Stelle von Saint-Exupéry, wo er den Menschen durch die Verantwortung definiert: "Mensch sein heisst verantwortlich sein. Es heisst, sich vor einer Misere zu schämen, für welche man scheinbar nichts konnte. Es heisst, auf einen Sieg der Kameraden stolz zu sein. Mensch sein heisst, sich dessen bewusst zu sein, dass man mit seinem Stein zum Aufbau der Welt beiträgt."<sup>6</sup>

Die Solidarität geht also viel weiter als die Sozialversicherung oder als das "helfen, damit auch mir geholfen wird". Die so verstandene Solidarität kommt in alltäglichen "Kleinigkeiten" zum Ausdruck. Wer einer Mutter hilft, den Kinderwagen in den Bus zu heben, tut es nicht, damit man ihm das gleiche tut, wenn er es einmal braucht, sondern schlicht und einfach, um dieser Mutter und ihrem Kind das Leben zu erleichtern. In diesem Geiste wäre eine Kultur der *uneigennütigen* Solidarität zu fördern.

Leider wird noch wenig in diese Richtung getan. Man denke hier an das Beispiel der Steuerpolitik, welche in keinem Land die soziale Grosszügigkeit genügend fördert, oder an das in diesem Gebiet unterentwickelte internationale Recht. Auch in Industrieländern tendieren die Gesetze dazu, vor allem Solidarität im eigenen Lande – einigermassen – anzuerkennen. Nicht nur aus Gründen der Gerechtigkeit (solidarisches Wirken entlastet den Staat) wäre gerade die Fiskalpolitik ein wirksames Instrument, um an der Basis wohltätigen und sozialen Einsatz zu fördern.

## **b) Die Sozialunternehmung**

Mit den vorangegangenen Bemerkungen will ich die wachsende Rolle der Staaten und der internationalen Organisationen bei der Solidarität und ihrer weltweiten Herausforderungen nicht verneinen. Im Gegenteil: ihr Einsatz wäre um so stärker und effizienter, wenn er sich auf die "Mikrosolidarität" stützen könnte. Die Komplexität der heutigen Probleme erhöht das Bedürfnis nach Organisationen auf Zwischenstufen, und zwar dann, wenn Probleme durch den staatlichen Apparat nicht gut gelöst werden und zugleich die Möglichkeiten der einzelnen Menschen und Familien übersteigen.

In solchen Fällen ist die Intervention von sog. *Sozialunternehmungen*, d.h. Organisationen, welche das Gemeinwohl uneigennützig fördern<sup>7</sup>, am sinnvollsten. Ich möchte die positive und klare Bezeichnung "Sozialunternehmung" betonen und einladen, auf vage und negative Begriffe wie NGO (nicht-staatliche Organisation) oder Non-profit-Organisation zu verzichten.

Die Sozialunternehmung ist eine Unternehmung, sie strebt also einen Gewinn an, wobei dieser Profit oder Gewinn — im Unterschied zu den anderen Unternehmungen in der Wirtschaft — ausserhalb des Unternehmens bleibt: er besteht in der Verbesserung der Lebensbedingungen von bedürftigen Personen oder Völkern. Wie jede Unternehmung erzielt sie die Maximierung von Zielsetzungen unter eingeschränkten Mitteln, unterscheidet sie das Strategische vom Operativen, pflegt sie eine effiziente Organisation usw.

---

<sup>4</sup> J. Habermas, *Theorie des kommunikativen Handelns*, 1. Bd., S. 520.

<sup>5</sup> vgl. Enz. *Sollicitudo Rei Socialis*.

<sup>6</sup> Antoine de Saint-Exupéry, *Terre des Hommes*.

<sup>7</sup> cfr. J. Gregory Dees, *Social Enterprise: Private Initiatives for the Common Good*, Harvard Business School 9-395-116 (Nov. 1994) und Juan J. Alarcon, *Die Bilanz der Sozialunternehmung*, im Jahresbericht 1998 der Limmat Stiftung, Zürich.

Bei den sozialen Aufgaben sollte man also von einer rein wohltätigen Sicht der Dinge — im negativen Sinne des Ausdruckes — Abschied nehmen. Es gäbe ja viele Beispiele des Mangels an Effektivität (tatsächliche Erreichung der Ziele) oder zumindest der ungenügenden Effizienz beim Einsatz der Mittel.

Zu Beginn des neuen Jahrtausends lohnt es sich, sich vermehrt auf die Arbeit von Sozialunternehmen abzustützen, sofern ihr echter Sinn für Solidarität und ihre unternehmerische Effizienz vorliegen, und dies bei allem Respekt für ihre Verschiedenheit. Ich bin überzeugt, dass dies bei den verfügbaren Ressourcen eine *gezieltere und schnellere Entwicklung* ermöglichen wird. Konkret könnten die Staaten angeregt werden, ihre für soziale, kulturelle und erzieherische Zwecke bestimmten Mittel zunächst für Mitfinanzierungen von Initiativen der Sozialunternehmungen zu investieren, und somit die grosszügigen Beiträge der Bürger sinnvoll zu ergänzen, bevor sie voll mit staatlichen Mitteln finanzierte, eigene Projekte in die Wege leiten.

### 3. Subsidiarische Partizipation

Mit dem bisher gesagten dürfte klar sein, dass m.E. die Grundprinzipien der Internationalen Erziehung auf der zentralen Funktion der Person, ihrer Familie, der einzelnen Gruppen der Gesellschaft und auf dem Vorrang einer freiwilligen Solidarität jedes Subjekts der menschlichen Gemeinschaft gründen.

#### a) Subsidiarität

Auch wenn in der Zeit der sogenannten Globalisierung einige Themen auf nationaler oder internationaler Ebene, sozusagen von oben herab, angegangen werden sollen, scheint mir das Bewusstsein von grosser Bedeutung zu sein, dass die Solidität des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbaus von der Beachtung des Prinzips der Subsidiarität abhängt<sup>8</sup>. Dieses Prinzip besteht aus vier Regeln:

- i) jede Aufgabe, zu derer hinreichenden Bewältigung eine Person oder eine untere Instanz fähig ist, soll nicht einer höheren Instanz der Gesellschaft anvertraut werden;
- ii) jede Aufgabe, zu derer hinreichenden Bewältigung die Personen bzw. untere Instanzen unfähig sind, soll einer höheren Instanz der Gesellschaft anvertraut werden;
- iii) sobald die Personen bzw. untere Instanzen die Fähigkeit erlangen, bestimmte Aufgaben zu bewältigen, sollen die höheren Instanzen sie ihnen zurückgeben;
- iv) die vierte Regel formuliert Jacques Delors folgendermassen: "die Subsidiarität heisst nicht nur, die Intervention der höheren Behörde ins Leben einer Person oder Gemeinschaft, welche zur Handlung von sich aus fähig sind, einzuschränken, sondern auch eine Verpflichtung dieser Behörde, diesen Personen bzw. Gemeinschaften die Mittel zu geben, sich entsprechend zu organisieren"<sup>9</sup>.

Nach diesem Prinzip darf eine Person nicht Aufgaben ihrer Familie übertragen, die sie selber erfüllen kann. Aufgaben, die die Familien bewältigen können, müssen nicht im Quartier oder in der Gemeinde zentralisiert werden usw. Ähnlich müssen auf internationaler Ebene Aktionsprogramme oder Erklärungen der Vereinten Nationen, so wichtig sie auf verschiedenen Gebieten sein mögen, sich auf die Festlegung von gemeinsamen Prinzipien und auf Hilfsmassnahmen zu derer Beachtung konzentrieren, ohne dafür die einzelnen Nationen ihrer

---

<sup>8</sup> vgl. Communes et Régions d'Europe n° 55, *Définition et limites du principe de subsidiarité*, éd. Conseil de l'Europe, 1994

<sup>9</sup> vgl. Institut européen d'administration publique, *Subsidiarité: défi du changement*, Maastricht 1991, pp. 8-9.



eigenen Verantwortung zu entheben oder sich in ihre Kulturen einzumischen.

Das Thema ist gewiss sehr komplex, sobald es um seine Umsetzung geht. So erinnere ich mich an die Kairoer Konferenz, wo einzelne Punkte des Aktionsprogrammes von einigen Ländern erst angenommen werden konnten, nachdem ihnen der Vorrang der nationalen Gesetze ausdrücklich erklärt wurde. Es ist schwierig, die grossen Verschiedenheiten der Kulturen und geschichtlichen Traditionen auf unserem Planeten zu respektieren und zugleich eine Vereinbarung aller Völker der Welt über grundlegenden Themen, etwa im Bereich der Menschenrechte, zu erreichen. Solche Bemühungen tragen viel zum Frieden und zu einer harmonischen Entwicklung der Menschheit bei, sie können aber in gewissen Fällen auch die Gefahr bergen, dass sich politische oder Machtinteressen — manchmal als Solidarität getarnt — einmischen oder auf die kulturellen Rechte widriger Druck ausgeübt wird. *Die Einheit in der Verschiedenheit aufzubauen setzt einen ausgeprägten Sinn für Solidarität und Subsidiarität voraus.*

Zurückkommend auf die mikrosoziale Ebene ist noch zu betonen, dass das Prinzip der subsidiären Partizipation den gesellschaftlichen Akteuren — den Personen, den Familien, den wirtschaftlichen und sozialen Gruppen — es ermöglicht, als *Protagonisten* ihrer Handlungen der eigenen Entwicklung und jener ihrer Gesellschaft beizutragen. Die Ausübung der eigenen Verantwortung, sofern vom Sinn für Solidarität geprägt, verbessert die Qualität jeder Anstrengung. Das Vermögen, Probleme auf der Ebene des Individuums oder einer Gruppe zu lösen, steht im Verhältnis zur erhaltenen Ausbildung. Somit sollte man in Ländern mit hohem Bildungsniveau vermehrt den Gruppen, Familien oder Einzelpersonen Aufgaben und Verantwortung zurückgeben, welche in einer Zeit des tieferen Bildungsniveaus den höheren Organen der Gesellschaft oder dem Staat anvertraut werden mussten.

Erwähnen wir als zwei aktuelle Folgen dieses Prinzips die direktere Wahrnehmung der Verantwortung von Eltern in den Schulen und der Angestellten in den Entscheidungsprozessen ihrer Unternehmung.

## **b) Demokratie**

Als weiteres Prinzip der Partizipation ist die *Demokratie* zu behandeln. Aus den soeben aufgeführten Gründen ist es von Bedeutung, dass die Bürger aktiv an den Entscheidungen ihrer Gemeinschaften und ihres Landes beteiligt sind, und dies um so mehr, wenn ihre Ausbildung sie dazu befähigt. Ihre *volle Mitverantwortung* scheint mir das Hauptargument für die Entwicklung demokratischer Strukturen zu sein, und nicht nur etwa die Vorbeugung gewisser sozialer Schäden.

Die Demokratisierung in der Welt hat in den letzten zwanzig Jahren Fortschritte gemacht, es ist jedoch nicht immer so gewesen, wie die Entwicklung des Index der Demokratisierung der Länder zeigt: Abnahme von 66% im Jahre 1960 auf 44% im 1975; Zunahme seither auf 57%<sup>10</sup>.

Ich habe von der Notwendigkeit der Ausbildung gesprochen, da auch in den demokratischsten Ländern die Gefahr von einer Manipulation der Information, von Ungerechtigkeit bei Interessenkonflikten und von ungenügenden Kenntnissen in der Staatskunde nicht zu unterschätzen ist. Churchill sah in der Demokratie das "am wenigsten schlechte" politische System. Man darf die Grenzen dieses Systems nicht übersehen. Eine weitere Gefahr könnte man als die "Diktatur der Mehrheit" bezeichnen, und zwar wenn diese ihre Macht missbraucht, um den anderen *eigennützige, also nicht gemeinnützige Entscheidungen* aufzuzwingen. Wohl hat das *Respektieren der Minderheiten* einen noch viel längeren Weg vor sich als die Demokratisierung.

Bei der Entwicklung von demokratischen Strukturen und Instrumenten in Ländern, wo diese

---

<sup>10</sup> Dieser Index von Raymond Gastil wird in der NZZ 29./30.10.94 von Robert J. Barro analysiert.

fehlen, müssen somit Wege gesucht werden, um jeglichem möglichen Missbrauch vorzubeugen. Dabei muss speziell die diesbezügliche Ausbildung der neuen Generationen gepflegt werden, damit sie die Grundlage ihres demokratischen Sinnes in den erwähnten Prinzipien sehen: in der zentralen Stellung der Person und in der Förderung der Solidarität.

#### **4. Zur Verantwortung erziehen**

Die drei bisher betrachteten Dimensionen erleichtern uns eine richtige Wertschätzung der Erziehung. Wir haben den zentralen Wert der Person unterstrichen, und *nur Personen können erzogen werden*. Eine Gesellschaft, welche lediglich Individuen, anonyme Nummern, sehen würde, würde im besten Fall von Schulung, Instruktion, Indoktrinierung oder sogar — etwas provokativ — von Dressur reden. Individuen bilden eine Masse, welche es praktisch wie ein Objekt zu beeinflussen und kontrollieren gilt. Es verschwinden die Unterschiede und schliesslich das *Subjekt-Sein* des Einzelnen. In einem solchen Ansatz sind die Familie und die Entwicklung der Freiheit des Kindes irrelevant. Die künftige Gesellschaft wird funktionieren, insofern es mit dem Volk, mit seinem technischen Wissen und Respekt konventioneller Gesetze klappt. Man bildet Gesellschaftsmitglieder und nicht Menschen heran. *Erziehen ist viel mehr*.

Wenn aber die Grundlage die Förderung der Solidarität in der Gesellschaft und der einzigartige Wert einer jeden Person ist, dann setzt man bei *jedem* Kind, auch beim rebellischsten, alle Zeit und Kräfte ein, die nötig sind. Man erzielt nicht die Gleichförmigkeit, sondern versteht jedes Subjekt, versetzt sich in seine Lage hinein, hilft ihm, seine Einschränkungen zu überwinden und seine Talente zu entwickeln.

##### **a) Erziehung: die beste Investition für die Entwicklung**

Es ist evident, dass die jetzige Welt — zumindest vom wirtschaftlichen Standpunkt aus — viel mehr entwickelt ist als die Welt unserer Vorfahren. Diese Entwicklung ist nicht einfach zu erklären, sie rührt von einer komplexen Vielzahl von Faktoren her. Doch von zentraler Bedeutung scheint die Rolle der sogenannten menschlichen Ressourcen zu sein. Dieser unsympathische Ausdruck steht für die Personen als Akteure der Wirtschaft und der Gesellschaft. Ihr Beitrag ist sowohl quantitativ wie auch qualitativ.

Im Panel über Bevölkerungsfragen werden wir der Tatsache näher kommen, dass mit einem – nicht explosiven – Bevölkerungswachstum und mit einer höheren Bevölkerungsdichte die Länder, Regionen oder Städte *ceteris paribus* viele Infrastrukturkosten *per capita* sparen und sich somit effiziente Wege zur Erhöhung ihres Lebensniveaus eröffnen.

Aber auch die Qualität dieser Personen ist selbstverständlich von grosser Bedeutung: ihre wissenschaftlichen, technischen, professionellen und staatsbürgerlichen Kenntnisse, aber auch ihre *menschlichen Qualitäten*. Mit einer reinen Instruktion — weit entfernt also von dem, was wir Erziehung nennen — wäre das Erreichen eines zufriedenstellenden wissenschaftlichen und technischen Niveaus denkbar. Aber rein wissenschaftliches und professionelles Wissen, wenn auch notwendig, reicht nicht für die Entwicklung. Jeder Unternehmer weiss, wie unerlässlich das menschliche und ethische Wissen seiner Angestellten ist. Ein Verkäufer mit ausgezeichneten Kenntnissen der Handelsregeln, ein genialer Wissenschaftler, wenn ihnen Tugenden wie Loyalität, Verantwortungssinn, Sinn für das Gemeinwohl oder für gut getane Arbeit fehlen, können — jeder auf seinem Niveau — einzelnen Personen oder im Extremfall einem ganzen Volk schwerwiegende Schäden zufügen.

In wenig entwickelten Gesellschaften — früher auch bei uns — verblieb die Investition in die Erziehung praktisch im Bereich der Familie, welche auch den Ertrag von den investierten Ressourcen — um es ökonomisch auszudrücken — erntete. Die entwicklungsbedingte soziale

Teilung vermindert diese Rentabilität keineswegs, im Gegenteil, sie erschwert aber, dass der Investor die Früchte seines Einsatzes direkt erhält. Die Verstaatlichung muss aber nicht die einzige Lösung sein. Jedenfalls muss klar bleiben, dass die jetzige und künftige Verbesserung der Lebensbedingungen eines Volkes über eine qualitative Investition in der Erziehung geht. Kurz gesagt, und mit Worten des Nobelpreisträgers für Wirtschaft Amartya Sen: "Erziehe einen Teil einer Gemeinschaft und die ganze Gemeinschaft wird gewinnen".

## b) Prioritäten und Subsidiarität in der Erziehung

Die Elemente der Internationalen Erziehung — das Verständnis, die Zusammenarbeit, der Friede — können nur durch eine Erziehung weitergegeben werden, welche die erwähnten Merkmale integriert: von der Einzelperson ausgehen, die Subsidiarität respektieren, die Partizipation, die Verantwortung eines jeden bei einer solidarischen Promotion der Menschenrechte fördern. Sicherlich ist dies der schwierigste, teuerste *Approach*, es ist aber das einzige, welches jenes Verständnis, jene Zusammenarbeit, jenen Frieden nachhaltig und für ganze Völker, Nationen, ja für die ganze Menschheit ermöglicht.

In den letzten Jahrhunderten wurde eine spektakuläre Spezialisierung des Wissens notwendig. Zum grössten Teil können wissenschaftliche, technische und professionelle Kenntnisse nur noch durch fachlich kompetente Lehranstalten vermittelt werden. In einer Welt der Spezialisierung und einem besonderen Augenmerk auf Entwicklungsländer scheinen uns drei Elemente bei der Wissensvermittlung von Bedeutung zu sein:

- i) Jedes Land soll auf immer mehr eigene, gut ausgebildete Lehrmeister und Professoren zählen können. Die Wirksamkeit der Wissensvermittlung hängt auch von der kulturellen Nähe des Dozenten zum Schüler ab. Daher ist es angebracht, nicht nur Schüler, sondern zukunftsgerichtet *lokale Auszubildende* zu bilden.
- ii) Man soll sich nicht auf den ersten, wenn auch notwendigen Schritt der Ausbildung, die Alphabetisierung, beschränken, sondern parallel — und dies auch in Ländern mit vielen Analphabeten — die *höheren Bildungsebenen* pflegen: die Sekundarstufe, die Berufsbildung und die akademischen Spezialisierungen, und dies alles in Berücksichtigung der absehbaren Marktbedürfnisse.
- iii) Ein besonderer Schwerpunkt ist auf die Ausbildung der *Mädchen und Frauen* zu legen, erstens angesichts ihres häufigen Bildungsdefizites (wie es die Statistiken, speziell für Afrika und einige südostasiatischen Länder, zeigen<sup>11</sup>), und zweitens weil sie als Mütter kaum zulassen werden, dass ihre Kinder weniger als sie ausgebildet werden (während der diesbezügliche Einfluss des Vaters geringer ist)<sup>12</sup>.

Die Ansicht, dass mit der wachsenden Qualität der Lehrzentren die Rolle der Familie überflüssig wird, wäre verfehlt. Grundsätzlich ist und bleibt die Familie das *beste Bildungszentrum*, vor allem bezüglich der Vermittlung der Werte, des Sinnes für Verantwortung und für Solidarität. Die Festigkeit des Erziehungssystems einer Gesellschaft liegt in seiner Subsidiarität, und konkret in folgenden 4 Aspekten:

- i) Die Schulen sind dort zuständig, wo die Familie überfordert ist. Ihre Rolle nimmt also in Fällen von zerstörten oder fragilen Familien an Bedeutung zu.
- ii) Solide Familien hingegen sind als erstverantwortliche und als am besten geeignete für die Vermittlung der menschlichen und ethischen Kenntnisse anzuerkennen.
- iii) Vor allem aus der Sicht des Kindes ist die Kohärenz der verschiedenen Erzieher wichtig. Im Sinne der Subsidiarität sollen sich Eltern für die Schulen verantwortlich fühlen, und

<sup>11</sup> vgl. Unesco, *Education for all, Status and Trends*, Paris 1994 und UNICEF, *Rapport 1999 sur l'instruction*

<sup>12</sup> vgl. P. Kasaju y T.B. Manandhar, *Impact of parents*, in G. Carron, A. Bordia, *Issues in planning and implementing national literacy programmes*, Paris, Unesco, IPE 1985.

die Schulen dürfen sich bei ihrer Erziehungsaufgabe nicht gegen die Eltern stellen. Hier wollen wir gewisse Grenzfälle oder Ausnahmen dieses Prinzips nicht näher behandeln.

- iv) Angesichts der kulturellen und sozialen Verschiedenheit ist eine gewisse Pluralität der Lehrzentren ratsam, ohne die gesellschaftliche Harmonie zu gefährden. So können die Eltern jene Schulen wählen, die am besten mit der Erziehung, die sie ihren Kindern geben vereinbar ist. Die Erklärung der Menschenrechte sieht dieses Recht vor: "Die Eltern haben ein erstrangiges Recht, die Art der Erziehung für ihre Kinder zu wählen"<sup>13</sup>. Die Unesco präzisiert dazu: "die Erziehung soll in Funktion des Schülers, nicht des Programmes, sein. Selten gelten allgemeine Empfehlungen weltweit"<sup>14</sup>. Während in vielen Ländern jahrzehntelang probiert wurde, die Schulen bis in die kleinsten Details in eine einzige nationale Erziehung zu vereinheitlichen, erkennt man heutzutage wieder den Wert einer gewissen *Pluralität* und *gesunden Konkurrenz* unter Schulen, sowie neue Wege, um auch private, allen soziale Schichten zugängliche Schulen — sofern die Familien sie wählen — zu finanzieren.

\* \* \*

## Schlussfolgerung

Erst als ich fast fertig war mit der Vorbereitung dieses Referates merkte ich, dass die vier behandelten Prinzipien mit den vier Säulen der internationalen Erziehung praktisch übereinstimmen. "Wissen lernen" bedeutet, zur Verantwortung erziehen. "Lernen zu sein", heisst, sich auf den Wert der Einzelperson zu zentrieren. "Lernen zu tun", ist Respekt der Verantwortung eines jeden, im Sinne der Subsidiarität. "Lernen, zusammen zu leben" ist nichts anderes als die Solidarität.

Ich bezweifle nicht, dass Sie alle von den Grundsätzen, die ich versucht habe zu schildern, bereits überzeugt sind und sich bemühen, jeder an seinem Ort, zu deren Verwirklichung beizutragen. Sicherlich werden Sie beim einen oder beim anderen Punkt mit kritischem Geist Verbesserungen anregen möchten. Selbstverständlich habe auch ich viel zu lernen, nicht weniger als Sie! Zugleich scheint mir, dass wir zu den Hauptherausforderungen an der Schwelle zum neuen Jahrtausend enig sind sowie zur Notwendigkeit, jenes "Verständnis, Zusammenarbeit und internationalen Frieden" aufgrund der "Erziehung zu den Menschenrechten und zu den Grundfreiheiten"<sup>15</sup> durch konkrete, wenn auch schwierige Schritte zu verwirklichen. Auch wenn sie in jeder Generation, in jedem Volk, in jedem Moment neu entdeckt und weiter aufgebaut werden muss, *ist die internationale Erziehung möglich*. Mit den Worten von Johannes Paul II., "Um integral zu sein, muss sich die Entwicklung im Rahmen von Solidarität und Freiheit vollziehen, ohne jemals die eine oder die andere, unter welchem Vorwand auch immer zu opfern"<sup>16</sup> und "Die wichtigste Ressource des Menschen ist in der Tat der Mensch selbst"<sup>17</sup>.

Lernen wir, zusammen zu leben, jeder bei sich selbst beginnend, und überzeugen wir unsere Bekannten mit Beispiel und Wort von der Notwendigkeit dieses Lernens.

---

<sup>13</sup> Erklärung der Menschenrechte, Art. 26, 3.

<sup>14</sup> Rapport de la Commission mondiale pour la Culture et le Développement, *Notre diversité créatrice*, Editions Unesco, 1996, p. 90.

<sup>15</sup> Unesco General Conference, 1992.

<sup>16</sup> Enz. Sollicitudo Rei Socialis, Nr. 33.

<sup>17</sup> Enz. Centesimus Annus, Nr. 32.